

12.12.2025

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushalts- und Finanzausschusses

zu dem Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/16303

2. Lesung

Gesetz über den Nordrhein-Westfalen-Plan für gute Infrastruktur 2025 bis 2036 (NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036)

Berichterstatlerin

Abgeordnete Carolin Kirsch

Beschlussempfehlung

Der Gesetzentwurf der Landesregierung - Drucksache 18/16303 - wird in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen.

Datum des Originals: 11.12.2025/Ausgegeben: 12.12.2025

G e g e n ü b e r s t e l l u n g**Gesetzentwurf der Landesregierung****Gesetz über den
Nordrhein-Westfalen-Plan
für gute Infrastruktur 2025 bis 2036
(NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036)****Abschnitt 1
Allgemeines****§ 1
Aufteilung der Investitionsmittel**

Aus dem Sondervermögen des Bundes Infrastruktur und Klimaneutralität nach Artikel 143h des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland stehen den Ländern 100 000 000 000 Euro für Investitionen in deren Infrastruktur zur Verfügung. Das Land Nordrhein-Westfalen erhält hiervon einen Anteil von 21,0956 Prozent. Mit dem Ziel der Behebung von Defiziten im Bereich der Infrastruktur erhält das Land Nordrhein-Westfalen damit zur Finanzierung von Sachinvestitionen in Infrastruktur einen Betrag von 21 095 600 000 Euro. Von den Mitteln für Sachinvestitionen aus dem Sondervermögen des Bundes in Höhe von 21 095 600 000 Euro stehen den Gemeinden und den Kreisen 12 695 600 000 Euro und dem Land 8 400 000 000 Euro zu.

**§ 2
Förderung der Infrastruktur durch die
Gemeinden und Kreise**

(1) Die den Gemeinden und Kreisen nach § 1 Satz 4 zur Verfügung stehenden Sachinvestitionsmittel werden diesen in Höhe von 10 000 000 000 Euro pauschal (Förderbudget) und in Höhe von 2 695 600 000 Euro über Förderprogramme zur Verfügung gestellt.

(2) Die pauschal zur Verfügung gestellten 10 000 000 000 Euro dienen der Erfüllung kommunaler Aufgaben und sind für Sachinvestitionen in den nachfolgenden Bereichen zu verwenden:

Beschlüsse des Ausschusses**Gesetz über den
Nordrhein-Westfalen-Plan
für gute Infrastruktur 2025 bis 2036
(NRW-Infrastrukturgesetz 2025 bis 2036)****Abschnitt 1
Allgemeines****§ 1
Aufteilung der Investitionsmittel**

- *u n v e r ä n d e r t* -

**§ 2
Förderung der Infrastruktur durch die
Gemeinden und Kreise**

(1) - *u n v e r ä n d e r t* -

(2) Die pauschal zur Verfügung gestellten 10 000 000 000 Euro dienen der Erfüllung kommunaler Aufgaben und sind für Sachinvestitionen in den nachfolgenden Bereichen zu verwenden:

1. Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur,
2. Sanierung von Liegenschaften, etwa in energetischer Hinsicht, und Maßnahmen, die den Zielen des Klimaschutzes sowie der Klimafolgenanpassung dienen,
3. Verkehrsinfrastruktur,
4. Digitale Resilienz und Digitalisierung,
5. Sportinfrastruktur oder
6. Öffentliche Sicherheit und Krisenresilienz.

Die jeweilige Gemeinde oder der jeweilige Kreis strebt an, von den Investitionsmitteln 50 Prozent für den Investitionsbereich nach Satz 1 Nummer 1 sowie 20 Prozent für den Investitionsbereich nach Satz 1 Nummer 2 zu verausgaben. Für Investitionsauszahlungen in den Investitionsbereichen nach Satz 1 Nummer 3 bis 6 stehen die übrigen 30 Prozent zur Verfügung. Soweit in den Bereichen keine Notwendigkeit zur Vornahme der Investitionen in der entsprechenden Höhe besteht, kann von den prozentualen Grenzen abgewichen werden.

(3) In Höhe von 2 695 600 000 Euro werden den Gemeinden und den Kreisen Investitionsmittel für die Aufstockung von bestehenden und für neue kommunale Förderprogramme des Landes in den Haushalten ab dem Jahr 2026 nach Maßgabe des Haushaltsplans bereitgestellt. Ob es sich um eine Aufstockung eines bestehenden landeseigenen Förderprogrammes für Kommunen oder um die Neueinrichtung eines Förderprogramms handelt, bestimmt sich auf Basis der Ansätze im Haushaltsplanentwurf des Jahres 2026.

(4) Für Sachinvestitionen nach den Absätzen 2 und 3 gelten die Regelungen der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) und der Kommunalhaushaltsverordnung Nordrhein-Westfalen vom 12. Dezember 2018 (GV. NRW. S. 708) jeweils in der jeweils geltenden Fassung.

1. Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur,
2. Sanierung von Liegenschaften, etwa in energetischer Hinsicht, und Maßnahmen, die den Zielen des Klimaschutzes, der Klimafolgenanpassung sowie der ökologischen Nachhaltigkeit dienen,
3. Verkehrsinfrastruktur,
4. Digitale Resilienz und Digitalisierung,
5. Sportinfrastruktur oder
6. Öffentliche Sicherheit und Krisenresilienz.

Die jeweilige Gemeinde oder der jeweilige Kreis strebt an, von den Investitionsmitteln 50 Prozent für den Investitionsbereich nach Satz 1 Nummer 1 sowie 20 Prozent für den Investitionsbereich nach Satz 1 Nummer 2 zu verausgaben. Für Investitionsauszahlungen in den Investitionsbereichen nach Satz 1 Nummer 3 bis 6 stehen die übrigen 30 Prozent zur Verfügung. Soweit in den Bereichen keine Notwendigkeit zur Vornahme der Investitionen in der entsprechenden Höhe besteht, kann von den prozentualen Grenzen abgewichen werden.

(3) - *unverändert* -

(4) - *entfällt* -

(5) Wenn Gemeinden oder Kreise für Straßenausbaumaßnahmen eine Beitragsförderung nach der Förderrichtlinie Straßenausbaubeiträge vom 23. September 2025 (MB.NRW 2025 Nr. 109) in der jeweils geltenden Fassung oder eine Beitragserstattung nach der Straßenausbaubeitrag-Erstattungsverordnung Nordrhein-Westfalen vom 27. Juni 2024 (GV. NRW. S. 419) in der jeweils geltenden Fassung erhalten oder die Voraussetzungen für eine solche Förderung oder Erstattung vorliegen, ohne dass eine Förderung oder Erstattung beantragt wird, dürfen für die zugrundeliegenden Straßenausbaumaßnahmen keine Sachinvestitionsmittel nach den Absätzen 2 und 3 eingesetzt werden.

(4) - *bisher (5)* -
- *unverändert* -

§ 3

Förderung der Infrastruktur durch das Land Nordrhein-Westfalen

Die Investitionsmittel in Höhe von 8 400 000 000 Euro werden für Sachinvestitionen des Landes in Infrastruktur in folgenden Bereichen und folgender Höhe bereitgestellt:

1. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur: 1 500 000 000 Euro,
2. Investitionen in die Digitale Resilienz und die Digitalisierung: 1 300 000 000 Euro,
3. Investitionen in die frühkindliche Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur: 700 000 000 Euro,
4. Investitionen in die Sportinfrastruktur: 200 000 000 Euro,
5. Investitionen in die Sanierung von Landesliegenschaften, etwa in energetischer Hinsicht: 400 000 000 Euro,
6. Investitionen in die Universitätskliniken: 1 000 000 000 Euro,
7. Investitionen in die Hochschulen: 1 000 000 000 Euro,
8. Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur: 1 000 000 000 Euro und
9. Investitionen in die Wirtschaftswende, Forschung und Innovation: 1 300 000 000 Euro.

§ 3

Förderung der Infrastruktur durch das Land Nordrhein-Westfalen

Die Investitionsmittel in Höhe von 8 400 000 000 Euro werden für Sachinvestitionen des Landes in Infrastruktur in folgenden Bereichen und folgender Höhe bereitgestellt:

1. Investitionen in die Sanierung von Landesstraßen und -brücken sowie Ersatzneubauten: 1 500 000 000 Euro,
2. Investitionen in die Digitale Resilienz und die Digitalisierung: 1 300 000 000 Euro,
3. Investitionen in die frühkindliche Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur: 700 000 000 Euro,
4. Investitionen in die Sportinfrastruktur: 200 000 000 Euro,
5. Investitionen in die Sanierung von Landesliegenschaften, etwa in energetischer Hinsicht: 400 000 000 Euro,
6. Investitionen in die Universitätskliniken: 1 000 000 000 Euro,
7. Investitionen in die Hochschulen: 1 000 000 000 Euro,
8. Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur: 1 000 000 000 Euro und
9. Investitionen in die Wirtschaftswende, Forschung und Innovation: 1 300 000 000 Euro.

§ 4**Fördervoraussetzungen**

(1) Die Investitionsmittel nach § 2 Absatz 1 und nach § 3 werden für Sachinvestitionen der Träger von Infrastruktureinrichtungen bereitgestellt, sofern sie der Erfüllung von Landesaufgaben oder kommunalen Aufgaben dienen. Hierzu zählen auch Sachinvestitionen Dritter in deren Infrastruktureinrichtungen, soweit diese der Erfüllung von Landesaufgaben oder kommunalen Aufgaben dienen. Als solche Dritte gelten auch landeseigene und kommunale Immobiliendienstleister.

(2) Unter Sachinvestitionen sind Baumaßnahmen, der Erwerb von beweglichen Sachen, soweit sie nicht als sächliche Verwaltungsausgaben erfasst werden, und der Erwerb von unbeweglichen Sachen zu verstehen. Förderfähig sind zudem der Erwerb von dauerhaften Rechten und zeitlich begrenzten Nutzungsrechten im Bereich der Digitalisierung sowie die Entwicklung von digitalen Verfahren und ihre Beauftragung, auch wenn diese keine Investitionen im Sinne von § 10 Absatz 3 Nummer 2 Satz 2 des Haushaltsgrundsätzegesetzes vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1273), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 247) geändert worden ist, darstellen. Förderfähig sind auch Zuweisungen und Zuschüsse für die vorgenannten Zwecke nach den Sätzen 1 und 2 sowie dem Absatz 3.

(3) Förderfähig sind auch notwendige Begleit- oder Folgemaßnahmen, wenn sie in unmittelbarem zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit einer geförderten Sachinvestition stehen. Begleit- und Folgemaßnahmen sind nur bis zur Höhe von unter 50 Prozent der förderfähigen Ausgaben der geförderten Sachinvestition förderfähig. Zu den Begleit- und Folgemaßnahmen zählen beispielsweise die mit Baumaßnahmen verbundenen Baunebenkosten oder vorbereitende Planungskosten oder Kosten für die Durchführung einer Investitionsmaßnahme nötige Gutachten oder Untersuchungen. Die Begleit- und Folgemaßnahmen selbst müssen nicht zwingend investiv sein. Sie müssen

§ 4**Fördervoraussetzungen**

(1) - *unverändert* -

(2) - *unverändert* -

(3) Förderfähig sind auch notwendige Begleit- oder Folgemaßnahmen, wenn sie in unmittelbarem zeitlichem und sachlichem Zusammenhang mit einer geförderten Sachinvestition stehen. Begleit- und Folgemaßnahmen sind nur bis zur Höhe von unter 50 Prozent der förderfähigen Ausgaben der geförderten Sachinvestition förderfähig. Zu den Begleit- und Folgemaßnahmen zählen beispielsweise die mit Baumaßnahmen verbundenen Baunebenkosten oder vorbereitende Planungskosten oder Kosten für die Durchführung einer Investitionsmaßnahme nötige Gutachten oder Untersuchungen. Die Begleit- und Folgemaßnahmen selbst müssen nicht investiv sein. Sie müssen jedoch

jedoch der geförderten Investition zuordenbar und für die Durchführung der Maßnahme notwendig sein. Personalausgaben als Begleit- oder Folgemaßnahme – wie etwa Weiterbildungsmaßnahmen – sind nicht förderfähig. Auch nicht förderfähig sind in Folge der Investition entstehende laufende Ausgaben, wie etwa Ausgaben für Wartung, Instandhaltung, den Betrieb, den Unterhalt und für die Begleichung anderer andauernder Verpflichtungen.

(4) Nicht förderfähig sind Ausgaben der Verwaltung. Hierzu zählen Ausgaben für verwaltungseigene Planungen oder andere Personal- oder Verwaltungsausgaben.

(5) Programmdurchführungsausgaben sind unabhängig von der organisatorischen Ausgestaltung der Abwicklung des Programms nicht förderfähig, sofern es sich nicht um Digitalisierungsmaßnahmen nach Absatz 3 handelt.

(6) Die Förderungen erfolgen trägerneutral.

(7) Die Förderung von Sachinvestitionen im Sinne von Absatz 1 ist auch dann zulässig, wenn sich die öffentliche Verwaltung zur Erledigung der von ihr wahrzunehmenden Aufgaben während des Lebenszyklus des mit der Sachinvestition verbundenen Vorhabens eines Privaten im Rahmen einer vertraglichen Zusammenarbeit bedient.

(8) Förderfähig sind nur Sachinvestitionsmaßnahmen mit einem Investitionsvolumen von mindestens 50 000 Euro. Ein Unterschreiten des Mindestinvestitionsvolumens ist förderunschädlich, wenn dies zum Zeitpunkt der Freigabe oder des Beginns einer Maßnahme für das Land oder die Kommune nicht vorhersehbar war.

§ 5 Förderzeitraum

(1) Sachinvestitionen können mit den in § 1 genannten Beträgen unter folgenden Voraussetzungen finanziert werden:

1. Die Sachinvestition darf nicht vor dem 1. Januar 2025 begonnen worden sein. Als

der geförderten Investition zuordenbar und für die Durchführung der Maßnahme notwendig sein. Personalausgaben als Begleit- oder Folgemaßnahme – wie etwa Weiterbildungsmaßnahmen – sind nicht förderfähig. Auch nicht förderfähig sind in Folge der Investition entstehende laufende Ausgaben, wie etwa Ausgaben für Wartung, Instandhaltung, den Betrieb, den Unterhalt und für die Begleichung anderer andauernder Verpflichtungen.

(4) - *unverändert* -

(5) Programmdurchführungsausgaben sind unabhängig von der organisatorischen Ausgestaltung der Abwicklung des Programms nicht förderfähig, sofern es sich nicht um Digitalisierungsmaßnahmen nach Absatz 2 handelt.

(6) - *unverändert* -

(7) - *unverändert* -

(8) - *unverändert* -

§ 5 Förderzeitraum

- *unverändert* -

nicht begonnen gilt eine Sachinvestition auch dann, wenn es sich um selbständige Abschnitte eines vor dem 1. Januar 2025 begonnenen Vorhabens handelt. Maßgeblich für den Zeitpunkt des Beginns einer Maßnahme ist das Datum des ersten Vertrags für die Leistungserbringung der Investitionsmaßnahme. Vorbereitende Studien- und Planungsleistungen, die vor dem 1. Januar 2025 begonnen worden sind, stehen der Finanzierung der Investition nicht entgegen.

2. Sie muss bis zum 31. Dezember 2036 von den zuständigen Stellen freigegeben worden sein.
3. Sie muss bis zum 31. Dezember 2042 abgeschlossen und vollständig abgenommen worden sein. Sollte aufgrund von nicht vorhersehbaren externen Gründen (Rechtsstreitigkeiten, Nachbesserungen, Lieferverzögerungen) ein Abschluss einer Investitionsmaßnahme nicht bis zum 31. Dezember 2042 möglich sein, so besteht die Möglichkeit, stattdessen eine Sachstandsaufnahme durchzuführen. Voraussetzung für die Förderfähigkeit der bis dahin durchgeführten Maßnahmen ist, dass eine Investitionsmaßnahme oder ein selbständiger Abschnitt nach dem 31. Dezember 2042 abgeschlossen und damit das Ziel der Unterstützung erreicht wird.

(2) Im Jahr 2043 können Investitionsmittel nur noch für Investitionsvorhaben oder selbständige Abschnitte von Investitionsmaßnahmen eingesetzt werden, die bis zum 31. Dezember 2042 vollständig abgenommen wurden und die im Jahr 2043 vollständig abgerechnet werden.

(3) Bis zum 31. Dezember 2029 soll mindestens ein Drittel der zur Verfügung stehenden Investitionsmittel durch bewilligte Maßnahmen gebunden sein.

**§ 6
Verfahrensregelungen**

(1) Die Abwicklung wird in einem digitalen Verfahren umgesetzt.

(2) Für alle finanzwirksamen Maßnahmen sind angemessene Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen nach den für das Land beziehungsweise für die Kommunen geltenden Regeln durchzuführen.

(3) Bei der Durchführung sowie nach Fertigstellung von Maßnahmen ist durch die Letztempfänger auf die Förderung aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität und auf die Förderung aus dem NRW-Plan in geeigneter und öffentlichkeitswirksamer Weise unter Nutzung der Bildwortmarke des Bundes sowie des Landes hinzuweisen. Bei Bauarbeiten hat die Kenntlichmachung zusätzlich durch Bauschilder zu erfolgen.

**Abschnitt 2
Besondere Regelungen für Gemeinden
und Kreise**

**§ 7
Verteilungsschlüssel**

(1) Die Verteilung der Investitionsmittel nach § 2 Absatz 2 auf die Gemeinden erfolgt zu 80 Prozent nach der Einwohnerzahl und zu 10 Prozent auf Grundlage der Gebietsfläche. Um die Bedarfe finanzschwacher Gemeinden besonders zu berücksichtigen, werden die verbleibenden 10 Prozent anhand des Kriteriums der Schlüsselzuweisungen im Gemeindefinanzierungsgesetz der Jahre 2021 bis 2025 verteilt. Die Kreise erhalten 20 Prozent der nach Satz 1 und 2 berechneten Investitionsmittel ihrer kreisangehörigen Gemeinden.

(2) Als Einwohnerzahl im Sinne dieses Gesetzes gilt die amtliche, von dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen auf den Stichtag 31. Dezember 2024 fortgeschriebene Einwohnerzahl, die in der Anlage zu diesem Gesetz festgesetzt ist. Als Gebietsfläche im Sinne dieses Gesetzes gilt der Gebietsstand zum Stichtag 31. Dezember 2024, der im Jahresabschluss des

**§ 6
Verfahrensregelungen**

- *unverändert* -

**Abschnitt 2
Besondere Regelungen für Gemeinden
und Kreise**

**§ 7
Verteilungsschlüssel**

- *unverändert* -

Liegenschaftskatasters ermittelt und an den Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen abgegeben wurde.

(3) Die den einzelnen Gemeinden und Kreisen demnach zustehenden Investitionsmittel ergeben sich aus der Anlage.

§ 8

Neubereitstellung von Investitionsmitteln

Investitionsmittel, die von einer Gemeinde oder einem Kreis nicht in Anspruch genommen werden oder die aus anderen Gründen nicht im Sinne des Gesetzes verwendet werden, können abweichend von der in der Anlage geregelten Verteilung von der Landesregierung für die übrigen Kommunen entsprechend § 7 neu bereitgestellt werden.

§ 9

Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Kreise

(1) Die nach diesem Gesetz geförderten Investitionsmaßnahmen werden ausschließlich aus den bereitgestellten Investitionsmitteln finanziert, so dass § 82 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen keine Anwendung findet.

§ 8

Neubereitstellung von Investitionsmitteln

Investitionsmittel, die von einer Gemeinde oder einem Kreis nicht in Anspruch genommen werden oder die aus anderen Gründen nicht im Sinne dieses Gesetzes verwendet werden, können abweichend von der in der Anlage geregelten Verteilung von der Landesregierung neu bereitgestellt werden.

§ 9

Haushaltswirtschaft der Gemeinden und Kreise

(1) Für Gemeinden und Kreise, die sich bei Beginn des Haushaltsjahres in der vorläufigen Haushaltsführung nach § 82 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV. NRW. S. 666) in der jeweils geltenden Fassung befinden, gilt bis zum Inkrafttreten der jeweiligen Haushaltssatzung Folgendes:

1. Für Aufwendungen und Auszahlungen für Sachinvestitionen, die aus den nach diesem Gesetz bereitgestellten Investitionsmitteln sowie gegebenenfalls aus ergänzenden, auf die Sachinvestition bezogenen Fördermitteln finanziert werden, findet § 82 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen keine Anwendung.
2. Soweit Aufwendungen und Auszahlungen nach Nummer 1 ergänzend aus Eigenmitteln der Gemeinde oder des Kreises finanziert werden, findet § 82 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen für diese unter der Voraussetzung keine Anwendung, dass die vorherige Zustimmung der zuständigen Kommunalvertretung vorliegt.

(2) Die Folgekosten von nach diesem Gesetz geförderten Investitionsmaßnahmen sollen den Zielen der Haushaltsicherung nicht entgegenstehen. § 76 Absatz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bleibt unberührt.

§ 10
Zuständigkeiten für Sachinvestitionen
nach § 2 Absatz 2

Zuständig für Sachinvestitionen nach § 2 Absatz 2 ist das für Kommunales zuständige Ministerium; die örtlich zuständige Bezirksregierung ist für das Freigabeverfahren zuständig. Die örtlich zuständige Bezirksregierung stellt per Bescheid nach vorgegebenem Muster gegenüber den Gemeinden und Kreisen fest, dass das in der Anlage ausgewiesene Förderbudget für den gesamten Förderzeitraum nach § 5 zur Verfügung steht.

§ 11
Investitionsmittelabruf, Sicherstellung
der zweckentsprechenden Verwendung

(1) Die Gemeinden und Kreise können im Förderzeitraum Mittel nach § 2 Absatz 2 bis zur Höhe der für sie nach diesem Gesetz bereit gestellten Investitionsmittel bei der nach § 10 Satz 1 örtlich zuständigen Behörde nach vorgegebenem Muster und nach Maßgabe des Absatzes 2 abrufen, die zur Begleichung fälliger Rechnungen innerhalb von drei Monaten benötigen werden. Die Gemeinden und Kreise rufen auch die Investitionsmittel für Maßnahmen anderer Träger ab; das Verhalten der anderen Träger wird den Gemeinden und den Kreisen zugerechnet.

(2) Die Gemeinden und die Kreise melden in einem digitalen Verfahren nach vorgegebenem Muster innerhalb von zehn Arbeitstagen nach dem jeweiligen Stichtag:

1. vierteljährlich die geplanten, begonnenen und abgeschlossenen Investitionsvorhaben, beginnend mit dem Stichtag zum 1. Januar 2026,
2. bis zum 30. Juni eines jeden Jahres die Höhe der im kommenden Jahr und im Finanzplanungszeitraum voraussichtlich jährlich benötigten Haushaltsmittel,

(2) - *unverändert* -

§ 10
Zuständigkeiten für Sachinvestitionen
nach § 2 Absatz 2

- *unverändert* -

§ 11
Investitionsmittelabruf, Sicherstellung
der zweckentsprechenden Verwendung

(1) Die Gemeinden und Kreise können im Förderzeitraum Mittel nach § 2 Absatz 2 bis zur Höhe der für sie nach diesem Gesetz bereit gestellten Investitionsmittel bei der nach § 10 Satz 1 örtlich zuständigen Bezirksregierung nach vorgegebenem Muster und nach Maßgabe des Absatzes 2 abrufen, die sie zur Begleichung fälliger Rechnungen innerhalb von drei Monaten benötigen. Die Gemeinden und Kreise rufen auch die Investitionsmittel für Maßnahmen anderer Träger ab; das Verhalten der anderen Träger wird den Gemeinden und den Kreisen zugerechnet.

(2) Die Gemeinden und die Kreise tragen in ein digitales Verfahren nach vorgegebenem Muster ein:

1. die geplanten, begonnenen und abgeschlossenen Investitionsvorhaben,
2. bis zum 30. Juni eines jeden Jahres die Höhe der im kommenden Jahr und im Finanzplanungszeitraum voraussichtlich jährlich benötigten Haushaltsmittel,

- beginnend mit dem Stichtag 30. Juni 2026 und
3. die voraussichtlich benötigten Finanzmittel gemäß der Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 43 der Bundeshaushaltsordnung vom 14. März 2001 (GMBI 2001 Nr. 16/17/18, S. 307) in der jeweils geltenden Fassung.

Die Meldungen nach Satz 1 Nummer 3 zu den benötigten Finanzmitteln sind so vorzunehmen, dass sie rechtzeitig in der Liquiditätsplanung des Bundes gemäß § 43 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. September 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 231) geändert worden ist, berücksichtigt werden können, beginnend zum Stichtag 1. Januar 2026.

(3) Wenn eine Gemeinde oder ein Kreis von der angestrebten Verwendung des Förderbudgets nach § 2 Absatz 2 Satz 2 und 3 abweichen möchte, ist eine Erklärung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten mit dem Inhalt, dass keine Notwendigkeit zur Vornahme der Investitionen in der entsprechenden Höhe besteht, gegenüber der Bezirksregierung abzugeben.

(4) Nach Abschluss eines Investitionsvorhabens melden die Gemeinden und Kreise in einem digitalen Verfahren nach vorgegebenem Muster unverzüglich, spätestens nach 4 Monaten:

1. den Träger einer Maßnahme,

- beginnend mit dem Stichtag 30. Juni 2026 und
3. die voraussichtlich benötigten Finanzmittel gemäß den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu § 43 der Bundeshaushaltsordnung vom 14. März 2001 (GMBI 2001 Nr. 16/17/18, S. 307) in der jeweils geltenden Fassung, beginnend mit dem Stichtag 1. Januar 2026.

Die Eintragungen in das digitale System nach Satz 1 Nummer 1 sind zeitnah innerhalb von 10 Arbeitstagen nach Verwirklichung des jeweiligen Tatbestands vorzunehmen. Die Meldungen nach Satz 1 Nummer 3 zu den benötigten Finanzmitteln sind so vorzunehmen, dass sie rechtzeitig in der Liquiditätsplanung des Bundes gemäß § 43 der Bundeshaushaltsordnung vom 19. August 1969 (BGBl. I S. 1284), die zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 30. September 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 231) geändert worden ist, berücksichtigt werden können.

(3) - *neu* -

Bis zur Etablierung eines digitalen Verfahrens melden die Gemeinden und Kreise nach vorgegebenem Muster die geplanten, begonnenen und abgeschlossenen Investitionsvorhaben vierteljährlich und melden nach Absatz 2 Satz 1 Nummer 2 und 3 in den angegebenen Fristen.

(4) - *bisher* (3) -
- *unverändert* -

(5) - *bisher* (4) -

Nach Abschluss eines Investitionsvorhabens melden die Gemeinden und Kreise in einem digitalen Verfahren nach vorgegebenem Muster unverzüglich, spätestens nach 6 Monaten:

1. den Träger einer Maßnahme,

2. den Ort der Durchführung der Maßnahme,
3. den Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Maßnahme,
4. eine Kurzbeschreibung über den Inhalt der Maßnahme,
5. eine Zuordnung zu einem Infrastrukturbereich nach § 2 Absatz 2 und
6. die Angaben zum Investitionsvolumen, zu den Finanzierungsbeiträgen Dritter, zu den förderfähigen Ausgaben und jeweils gesondert zur Höhe der verwendeten Bundesmittel nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz sowie sonstiger Bundesmittel.

Der Anzeige nach Satz 1 ist eine Bestätigung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten beizufügen, dass die örtliche Rechnungsprüfung die zweckentsprechende Verwendung der Mittel bescheinigt hat. Diese Beendigungsanzeige gilt als Verwendungsnachweis.

(5) Die nach § 10 Satz 1 örtlich zuständige Behörde prüft im Rahmen der Freigabe des Mittelabrufs, ob das Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 Absatz 2 gegeben ist.

(6) 5 Prozent der abgeschlossenen Sachinvestitionsmaßnahmen sind im Rahmen von Stichproben durch die Gemeindeprüfungsanstalt einer Prüfung zu unterziehen.

Abschnitt 3

Schlussbestimmungen, Verordnungsermächtigung

§ 12

Beschleunigung der Investitionen

(1) Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinden und der Kreise für die im Haushaltsjahr 2025 nach diesem Gesetz geförderten Investitionsmaßnahmen sind unabweisbar im Sinne des § 83 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates oder des Kreistages. Insoweit finden § 81 und § 83 Absatz

2. den Ort der Durchführung der Maßnahme,
3. den Zeitpunkt des Beginns und des Endes der Maßnahme,
4. eine Kurzbeschreibung über den Inhalt der Maßnahme,
5. eine Zuordnung zu einem Infrastrukturbereich nach § 2 Absatz 2 und
6. die Angaben zum Investitionsvolumen, zu den Finanzierungsbeiträgen Dritter, zu den förderfähigen Ausgaben und jeweils gesondert zur Höhe der verwendeten Bundesmittel nach dem Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetz sowie sonstiger Bundesmittel.

Der Anzeige nach Satz 1 ist eine Bestätigung der Hauptverwaltungsbeamtin oder des Hauptverwaltungsbeamten beizufügen, dass die örtliche Rechnungsprüfung die zweckentsprechende Verwendung der Mittel bescheinigt hat. Diese Beendigungsanzeige gilt als Verwendungsnachweis.

(6) - *b i s h e r* (5) -

Die nach § 10 Satz 1 örtlich zuständige Bezirksregierung prüft im Rahmen der Freigabe des Mittelabrufs, ob das Vorliegen der Voraussetzungen des § 2 Absatz 2 gegeben ist.

(7) - *b i s h e r* (6) -

- *u n v e r ä n d e r t* -

Abschnitt 3

Schlussbestimmungen, Verordnungsermächtigung

§ 12

Beschleunigung der Investitionen

(1) Aufwendungen und Auszahlungen der Gemeinden und der Kreise für die im Haushaltsjahr 2025 nach diesem Gesetz geförderten Investitionsmaßnahmen sind unabweisbar im Sinne des § 83 Absatz 1 Satz 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen. Sie bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates oder des Kreistages. Insoweit finden § 81 und § 83 Absatz 2 der Gemeindeordnung für das Land

2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen keine Anwendung.

Nordrhein-Westfalen keine Anwendung. Sofern in der betreffenden Gemeinde oder dem betreffenden Kreis zum 31. Dezember 2025 bereits die Haushaltssatzung für das Jahr 2026 von der zuständigen Kommunalvertretung beschlossen wurde, gelten die Sätze 1 bis 3 auch für das Jahr 2026.

(2) Sofern für die Haushaltsjahre 2025/2026 ein Doppelhaushalt gemäß § 78 Absatz 3 Satz 2 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen beschlossen wurde, findet Absatz 1 auch für das Jahr 2026 entsprechende Anwendung.

(2) - *unverändert* -

(3) Im Verfahren nach § 8a des Haushaltsgesetzes 2025 vom 19. Dezember 2024 (GV. NRW. S. 1256) kann das Ministerium der Finanzen bereits für das Haushaltsjahr 2025 ermächtigt werden, mit Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses in die Leistung von zusätzlichen Ausgaben für Investitionen des Landes und der Gemeinden und der Kreise mit den Mitteln aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität einzuwilligen.

(3) - *unverändert* -

§ 13 Rückforderung

Das Land fordert die nach diesem Gesetz gezahlten Investitionsmittel zurück, wenn der Bund Finanzhilfen vom Land gemäß § 8 Absatz 1 des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes vom 20. Oktober 2025 (BGBl. 2025 I Nr. 246) in der jeweils geltenden Fassung zurückfordert. Das Land kann die nach diesem Gesetz gezahlten Investitionsmittel bei Verstoß gegen dieses Gesetz oder gegen aufgrund dieses Gesetzes ergangener Bescheide zurückfordern. Fordert das Land Investitionsmittel zurück, so richtet sich die Höhe der Verzinsung für den gesamten Erstattungsbetrag nach § 8 Absatz 3 des Länder- und Kommunal-Infrastrukturfinanzierungsgesetzes.

§ 13 Rückforderung

- *unverändert* -

§ 14
Verordnungsermächtigung

Das für Kommunales zuständige Ministerium kann im Benehmen mit dem für Finanzen zuständigen Ministerium durch Rechtsverordnung Einzelheiten zu dem Verfahren und der Durchführung, der zweckentsprechenden Mittelverwendung jeweils nach Maßgabe der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur Durchführung des Gesetzes zur Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen von Ländern und Kommunen regeln.

§ 15
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2050 außer Kraft.

§ 14
Verordnungsermächtigung

- *u n v e r ä n d e r t* -

§ 15
Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft und mit Ablauf des 31. Dezember 2054 außer Kraft.

Anlage

Amtliche, von dem Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen auf den 31. Dezember 2024 fortgeschriebene, Bevölkerungszahl sowie Verteilung der Investitionsmittel nach § 2 Absatz 2 in Verbindung mit § 7 des NRW-Infrastrukturgesetzes 2025 bis 2036

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der Investitionsmittel (in EUR)
05111000	Düsseldorf, Stadt	618.685	280.819.006,03
05112000	Duisburg, Stadt	502.270	301.457.345,99
05113000	Essen, Stadt	574.682	335.018.255,64
05114000	Krefeld, Stadt	231.406	126.682.181,12
05116000	Mönchengladbach, Stadt	267.213	149.465.718,50
05117000	Mülheim an der Ruhr, Stadt	173.050	93.127.821,58
05119000	Oberhausen, Stadt	213.646	122.106.010,74
05120000	Remscheid, Stadt	113.828	60.087.107,43
05122000	Solingen, Klingenstein	165.626	86.936.244,53
05124000	Wuppertal, Stadt	358.193	201.494.629,95
05314000	Bonn, Stadt	323.336	166.330.559,76
05315000	Köln, Stadt	1.024.621	522.582.604,29
05316000	Leverkusen, Stadt	168.581	78.380.024,75
05512000	Bottrop, Stadt	118.535	65.402.693,63
05513000	Gelsenkirchen, Stadt	267.930	164.754.174,82
05515000	Münster, Stadt	308.258	152.088.290,94
05711000	Bielefeld, Stadt	331.605	182.212.727,28
05911000	Bochum, Stadt	358.676	200.422.121,71
05913000	Dortmund, Stadt	603.462	357.905.600,76
05914000	Hagen, St. der Fernuniversität	190.384	109.280.167,20
05915000	Hamm, Stadt	179.968	105.026.012,31
05916000	Herne, Stadt	155.851	92.188.849,30
05154004	Bedburg-Hau	13.599	6.692.312,62
05154008	Emmerich am Rhein, Stadt	31.829	14.035.774,85
05154012	Geldern, Stadt	34.962	15.699.453,29
05154016	Goch, Stadt	34.907	16.046.571,84
05154020	Issum	12.428	5.788.744,14
05154024	Kalkar, Stadt	14.513	7.440.634,71

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der Investitionsmittel (in EUR)
05154028	Kerken	13.186	6.226.971,72
05154032	Kevelaer, Stadt	28.296	12.742.889,16
05154036	Kleve, Stadt	53.028	24.418.003,84
05154040	Kranenburg	11.303	6.188.653,58
05154044	Rees, Stadt	21.913	11.221.054,29
05154048	Rheurdt	6.450	3.056.475,93
05154052	Straelen, Stadt	16.458	7.576.063,78
05154056	Uedem	8.163	4.424.070,51
05154060	Wachtendonk	8.217	4.049.494,12
05154064	Weeze	12.766	6.539.096,04
05154998	Kreis Kleve Verwaltung		38.036.566,11
05158004	Erkrath, Stadt	43.706	16.925.843,02
05158008	Haan, Stadt	30.086	11.244.199,59
05158012	Heiligenhaus, Stadt	26.252	10.843.712,35
05158016	Hilden, Stadt	55.157	20.214.376,36
05158020	Langenfeld, Stadt	59.975	22.248.717,87
05158024	Mettmann, Stadt	39.542	16.105.844,22
05158026	Monheim am Rhein, Stadt	43.630	16.023.738,26
05158028	Ratingen, Stadt	89.368	33.795.743,28
05158032	Velbert, Stadt	82.463	34.828.599,39
05158036	Wülfrath, Stadt	20.731	8.262.016,83
05158998	Kreis Mettmann Verwaltung		47.623.197,79
05162004	Dormagen, Stadt	63.799	25.961.596,55
05162008	Grevenbroich, Stadt	65.983	27.577.723,90
05162012	Jüchen	23.926	10.858.346,98
05162016	Kaarst, Stadt	43.295	16.292.009,14
05162020	Korschenbroich, Stadt	34.600	13.574.113,06
05162022	Meerbusch, Stadt	57.078	21.765.857,08
05162024	Neuss, Stadt	154.317	57.947.667,02
05162028	Rommerskirchen	14.079	6.463.554,04
05162998	Rhein-Kreis Neuss, Verwaltung		45.110.216,94
05166004	Brüggen, Burggemeinde	16.198	7.465.129,72
05166008	Grefrath, Sport- u. Freiz.gem.	15.117	6.437.860,50
05166012	Kempen, Stadt	34.105	13.774.079,65
05166016	Nettetal, Stadt	41.955	17.977.166,29

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der In- vestitionsmittel (in EUR)
05166020	Niederkrüchten	14.619	7.085.030,92
05166024	Schwalmtal	18.826	8.535.028,74
05166028	Tönisvorst, Stadt	29.251	12.098.031,86
05166032	Viersen, Stadt	78.373	33.830.971,13
05166036	Willich, Stadt	49.413	19.144.028,63
05166998	Kreis Viersen Verwaltung		31.586.831,86
05170004	Alpen	12.515	5.839.044,18
05170008	Dinslaken, Stadt	66.993	28.104.773,76
05170012	Hamminkeln, Stadt	26.873	13.727.193,28
05170016	Hünxe	13.676	7.373.605,23
05170020	Kamp-Lintfort, Stadt	38.217	17.408.798,47
05170024	Moers, Stadt	101.503	43.377.063,49
05170028	Neukirchen-Vluyn, Stadt	27.140	11.533.756,05
05170032	Rheinberg, Stadt	31.172	12.826.686,99
05170036	Schermbeck	13.516	7.656.731,36
05170040	Sonsbeck	8.688	4.406.362,53
05170044	Voerde (Niederrhein), Stadt	35.661	15.785.535,11
05170048	Wesel, Stadt	60.785	27.234.703,81
05170052	Xanten, Stadt	21.179	9.699.355,73
05170998	Kreis Wesel Verwaltung		51.243.402,49
05334002	Aachen, Stadt	262.670	110.324.920,31
05334004	Alsdorf, Stadt	48.810	21.431.438,52
05334008	Baesweiler, Stadt	29.206	12.136.907,67
05334012	Eschweiler, Stadt	57.534	25.010.119,83
05334016	Herzogenrath, Stadt	48.574	19.807.312,58
05334020	Monschau, Stadt	12.389	6.728.355,55
05334024	Roetgen, Tor zur Eifel	8.786	4.033.322,67
05334028	Simmerath	16.612	8.687.720,45
05334032	Stolberg (Rhd.), Kupferstadt	57.684	25.900.015,38
05334036	Würselen, Stadt	40.145	15.762.323,26
05334998	Städteregion Aachen, Verwaltung		62.455.609,05
05358004	Aldenhoven	14.324	6.698.642,68
05358008	Düren, Stadt	94.568	42.830.364,20
05358012	Heimbach, Stadt	4.487	3.293.695,20
05358016	Hürtgenwald	9.196	5.507.867,27

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der Investitionsmittel (in EUR)
05358020	Inden	7.624	3.672.401,35
05358024	Jülich, Stadt	34.890	15.519.634,96
05358028	Kreuzau	18.149	7.633.560,17
05358032	Langerwehe	14.976	6.752.557,46
05358036	Linnich, Stadt	13.653	6.423.929,42
05358040	Merzenich	10.508	4.799.525,90
05358044	Nideggen, Stadt	10.764	5.604.928,54
05358048	Niederzier	15.060	7.132.484,09
05358052	Nörvenich	12.131	6.186.130,27
05358056	Titz	9.052	4.980.342,57
05358060	Vettweiß	9.903	5.662.041,52
05358998	Kreis Düren Verwaltung		33.174.526,40
05362004	Bedburg, Stadt	25.316	11.406.839,56
05362008	Bergheim, Stadt	61.611	27.916.551,50
05362012	Brühl, Stadt	45.555	17.559.861,15
05362016	Elsdorf, Stadt	21.424	10.028.027,57
05362020	Erfstadt, Stadt	48.772	21.140.466,29
05362024	Frechen, Stadt	52.309	19.907.178,28
05362028	Hürth, Stadt	62.160	23.569.910,85
05362032	Kerpen, Kolpingstadt	66.585	27.956.536,10
05362036	Pulheim, Stadt	56.150	21.856.528,21
05362040	Wesseling, Stadt	38.106	14.269.915,24
05362998	Rhein-Erft-Kreis Verwaltung		48.902.953,68
05366004	Bad Münstereifel, Stadt	18.297	10.345.479,71
05366008	Blankenheim	8.434	6.915.458,57
05366012	Dahlem	4.416	3.883.492,19
05366016	Euskirchen, Stadt	60.021	26.601.949,30
05366020	Hellenthal	7.834	6.040.162,73
05366024	Kall	11.180	5.607.259,01
05366028	Mechernich, Stadt	29.187	14.425.031,14
05366032	Nettersheim	8.902	5.490.968,03
05366036	Schleiden, Stadt	13.578	8.130.552,54
05366040	Weilerswist	18.980	8.360.220,93
05366044	Zülpich, Stadt	21.780	10.557.323,25
05366998	Kreis Euskirchen Verwaltung		26.589.474,35

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der Investitionsmittel (in EUR)
05370004	Erkelenz, Stadt	45.315	19.798.160,80
05370008	Gangelt	13.410	6.110.909,12
05370012	Geilenkirchen, Stadt	28.494	13.192.110,87
05370016	Heinsberg, Stadt	43.163	18.585.742,74
05370020	Hückelhoven, Stadt	41.192	18.588.473,81
05370024	Selfkant	10.786	5.135.379,19
05370028	Übach-Palenberg, Stadt	24.277	10.214.124,21
05370032	Waldfeucht	9.242	4.160.477,23
05370036	Wassenberg, Stadt	19.713	8.922.082,50
05370040	Wegberg, Stadt	28.089	12.555.601,35
05370998	Kreis Heinsberg Verwaltung		29.315.765,45
05374004	Bergneustadt, Stadt	18.628	8.455.603,90
05374008	Engelskirchen	19.737	8.493.073,08
05374012	Gummersbach, Stadt	51.290	22.450.278,67
05374016	Hückeswagen, Schloss-Stadt	14.480	6.547.325,20
05374020	Lindlar	21.615	9.765.479,41
05374024	Marienheide	13.356	6.372.388,90
05374028	Morsbach	10.555	5.121.501,75
05374032	Nümbrecht	17.580	8.112.394,75
05374036	Radevormwald, Stadt a. d. Höhe	21.565	9.060.066,21
05374040	Reichshof	18.688	9.352.729,12
05374044	Waldbröl, Stadt	19.795	9.706.937,42
05374048	Wiehl, Stadt	25.164	10.179.795,02
05374052	Wipperfürth, Hansestadt	21.604	10.446.490,84
05374998	Oberbergischer Kreis Verwaltung		31.016.016,07
05378004	Bergisch Gladbach, Stadt	111.361	45.431.302,54
05378008	Burscheid, Stadt	19.272	7.859.044,77
05378012	Kürten	20.033	9.074.296,60
05378016	Leichlingen (Rheinland), Stadt	28.078	11.385.636,40
05378020	Odenthal	15.782	6.559.433,50
05378024	Overath, Stadt	26.663	11.437.844,17
05378028	Rösrath, Stadt	28.709	11.695.706,78
05378032	Wermelskirchen, Stadt	34.375	14.266.226,70
05378998	Rheinisch-Bergischer Kreis Verwaltung		29.427.372,87

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der Investitionsmittel (in EUR)
05382004	Alfter	23.719	9.533.156,82
05382008	Bad Honnef, Stadt	25.061	10.155.660,90
05382012	Bornheim, Stadt	48.203	19.831.019,73
05382016	Eitorf	19.172	9.352.902,93
05382020	Hennef (Sieg), Stadt	48.188	20.767.288,99
05382024	Königswinter, Stadt	40.574	16.744.976,25
05382028	Lohmar, Stadt	30.992	12.765.015,32
05382032	Meckenheim, Stadt	24.925	9.675.125,34
05382036	Much	14.561	7.295.291,25
05382040	Neunkirchen-Seelscheid	20.283	8.698.091,78
05382044	Niederkassel, Stadt	38.485	15.294.502,70
05382048	Rheinbach, Stadt	26.918	11.187.678,95
05382052	Ruppichteroth	10.887	5.645.615,06
05382056	Sankt Augustin, Stadt	56.521	23.239.122,86
05382060	Siegburg, Stadt	42.445	17.720.781,60
05382064	Swisttal	18.580	8.328.028,85
05382068	Troisdorf, Stadt	75.901	29.808.723,80
05382072	Wachtberg	20.471	8.460.210,40
05382076	Windeck	19.555	10.671.122,98
05382998	Rhein-Sieg-Kreis Verwaltung		63.793.579,12
05554004	Ahaus, Stadt	40.176	17.804.408,87
05554008	Bocholt, Stadt	73.257	29.703.374,24
05554012	Borken, Stadt	43.035	19.422.260,53
05554016	Gescher, Glockenstadt	17.433	8.217.693,51
05554020	Gronau (Westf.), Stadt	50.547	19.869.733,64
05554024	Heek	8.773	4.741.565,11
05554028	Heiden	8.704	4.391.987,77
05554032	Isselburg, Stadt	11.251	5.168.906,25
05554036	Legden	7.511	3.985.378,84
05554040	Raesfeld	11.709	5.514.361,51
05554044	Reken	15.109	7.265.341,47
05554048	Rhede, Stadt	19.674	8.848.170,08
05554052	Schöppingen	7.033	4.109.921,85
05554056	Stadtlohn, Stadt	20.946	9.291.862,26
05554060	Südlohn	9.861	4.561.465,45

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der In- vestitionsmittel (in EUR)
05554064	Velen, Stadt	12.678	6.307.484,31
05554068	Vreden, Stadt	23.099	11.406.631,51
05554998	Kreis Borken Verwaltung		42.652.636,80
05558004	Ascheberg	15.831	8.131.870,71
05558008	Billerbeck, Stadt	11.945	6.381.643,13
05558012	Coesfeld, Stadt	38.237	17.284.919,58
05558016	Dülmen, Stadt	47.989	21.794.277,89
05558020	Havixbeck	12.357	5.894.200,28
05558024	Lüdinghausen, Stadt	25.265	12.649.349,88
05558028	Nordkirchen	10.762	5.303.822,94
05558032	Nottuln	20.205	9.255.593,00
05558036	Olfen, Stadt	13.175	6.163.284,03
05558040	Rosendahl	11.249	6.212.838,47
05558044	Senden	20.844	10.126.470,47
05558998	Kreis Coesfeld Verwaltung		27.299.567,59
05562004	Castrop-Rauxel, Stadt	73.282	33.143.960,06
05562008	Datteln, Stadt	35.473	16.437.864,32
05562012	Dorsten, Stadt	75.277	34.513.252,81
05562014	Gladbeck, Stadt	75.499	35.185.524,31
05562016	Haltern am See, Stadt	38.142	17.799.431,10
05562020	Herten, Stadt	60.941	27.399.134,28
05562024	Marl, Stadt	86.766	38.248.883,46
05562028	Oer-Erkenschwick, Stadt	31.404	14.405.802,95
05562032	Recklinghausen, Stadt	115.344	52.558.285,75
05562036	Waltrop, Stadt	29.177	12.980.601,53
05562998	Kreis Recklinghausen Verwaltung		70.668.185,14
05566004	Altenberge	10.278	5.124.053,03
05566008	Emsdetten, Stadt	36.159	14.578.061,17
05566012	Greven, Stadt	38.212	17.127.964,63
05566016	Hörstel, Stadt	20.166	9.863.312,09
05566020	Hopsten	7.717	5.236.734,37
05566024	Horstmar, St. d. Burgmanns- höfe	7.528	3.779.678,21
05566028	Ibbenbüren, Stadt	51.803	21.474.603,60
05566032	Ladbergen	6.906	3.723.420,15
05566036	Laer	6.993	3.350.306,94

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der In- vestitionsmittel (in EUR)
05566040	Lengerich, Stadt	22.557	10.168.289,73
05566044	Lienen	8.512	4.920.164,40
05566048	Lotte	13.770	5.885.698,20
05566052	Metelen	6.539	3.395.673,08
05566056	Mettingen	11.654	5.350.571,93
05566060	Neuenkirchen	13.915	6.224.505,71
05566064	Nordwalde	10.024	5.004.797,19
05566068	Ochtrup, Stadt	20.394	9.851.761,86
05566072	Recke	11.341	5.615.852,39
05566076	Rheine, Stadt	77.209	33.401.479,27
05566080	Saerbeck	6.906	3.853.620,72
05566084	Steinfurt, Stadt	34.860	16.524.395,09
05566088	Tecklenburg, Stadt	9.098	5.178.157,92
05566092	Westerkappeln	10.876	6.117.816,72
05566096	Wettringen	8.295	4.314.715,23
05566998	Kreis Steinfurt Verwaltung		52.516.408,41
05570004	Ahlen, Stadt	52.666	24.171.314,12
05570008	Beckum, Stadt	37.133	17.186.367,80
05570012	Beelen	6.002	2.921.930,08
05570016	Drensteinfurt, Stadt	16.282	8.463.343,67
05570020	Ennigerloh, Stadt	19.841	10.084.731,25
05570024	Everswinkel	9.772	5.087.541,80
05570028	Oelde, Stadt	30.129	13.102.187,81
05570032	Ostbevern	11.469	6.349.801,12
05570036	Sassenberg, Stadt	14.558	7.110.015,43
05570040	Sendenhorst, Stadt	14.167	7.337.890,72
05570044	Telgte, Stadt	20.069	9.300.577,72
05570048	Wadersloh	12.848	7.546.681,59
05570052	Warendorf, Stadt	37.703	17.982.096,18
05570998	Kreis Warendorf Verwaltung		34.161.119,82
05754004	Borgholzhausen, Stadt	8.847	4.452.587,96
05754008	Gütersloh, Stadt	100.479	39.705.989,37
05754012	Halle (Westf.), Stadt	21.393	9.226.508,56
05754016	Harsewinkel, Mähdre- scherstadt	25.523	11.434.774,37
05754020	Herzebrock-Clarholz	16.419	7.685.955,92

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der Investitionsmittel (in EUR)
05754024	Langenberg	8.311	3.847.807,04
05754028	Rheda-Wiedenbrück, Stadt	48.030	19.541.411,96
05754032	Rietberg, Stadt	30.055	13.252.681,36
05754036	Schloß Holte-Stukenbrock, St.	26.297	10.915.634,13
05754040	Steinhagen	20.302	8.527.643,34
05754044	Verl, Stadt	25.762	10.816.088,09
05754048	Versmold, Stadt	21.513	9.748.489,98
05754052	Werther (Westf.), Stadt	11.051	4.770.491,70
05754998	Kreis Gütersloh Verwaltung		38.481.515,94
05758004	Bünde, Stadt	46.365	18.889.568,90
05758008	Enger, Widukindstadt	20.688	8.839.254,60
05758012	Herford, Hansestadt	67.503	28.815.632,58
05758016	Hiddenhausen	19.669	7.888.578,38
05758020	Kirchlengern	16.334	6.588.756,55
05758024	Löhne, Stadt	40.826	16.736.730,44
05758028	Rödinghausen	10.064	4.422.003,73
05758032	Spenge, Stadt	14.620	6.409.774,45
05758036	Vlotho, Stadt	18.335	8.396.744,23
05758998	Kreis Herford Verwaltung		26.746.760,97
05762004	Bad Driburg, Stadt	19.080	10.343.664,39
05762008	Beverungen, Stadt	12.669	7.347.754,92
05762012	Borgentreich, Orgelstadt	8.632	6.613.805,98
05762016	Brakel, Stadt	16.193	10.398.914,75
05762020	Höxter, Stadt	28.166	14.493.771,64
05762024	Mariemünster, Stadt	4.791	3.326.118,31
05762028	Nieheim, Stadt	6.081	4.276.378,38
05762032	Steinheim, Stadt	12.107	6.323.661,29
05762036	Warburg, Hansestadt	23.252	12.731.935,97
05762040	Willebadessen, Stadt	8.281	6.409.365,50
05762998	Kreis Höxter Verwaltung		20.566.342,78
05766004	Augustdorf	9.774	4.714.894,25
05766008	Bad Salzuflen, Stadt	53.958	23.635.189,80
05766012	Barntrop, Stadt	8.297	4.660.109,75
05766016	Blomberg, Stadt	15.485	8.023.075,14
05766020	Detmold, Stadt	74.278	33.082.828,71

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der In- vestitionsmittel (in EUR)
05766024	Dörentrup	7.528	4.006.472,26
05766028	Extertal	11.248	6.638.198,16
05766032	Horn-Bad Meinberg, Stadt	17.320	9.140.316,48
05766036	Kalletal	13.256	7.780.401,01
05766040	Lage, Stadt	35.054	15.714.219,07
05766044	Lemgo, Stadt	39.905	17.563.882,37
05766048	Leopoldshöhe	17.226	7.106.159,39
05766052	Lügde, Stadt der Osterräder	9.232	5.528.641,66
05766056	Oerlinghausen, Stadt	17.233	7.243.137,11
05766060	Schieder-Schwalenberg, Stadt	8.098	4.567.801,36
05766064	Schlangen	9.257	5.405.879,91
05766998	Kreis Lippe Verwaltung		41.202.801,60
05770004	Bad Oeynhausen, Stadt	50.620	21.115.995,35
05770008	Espelkamp, Stadt	25.576	11.515.337,22
05770012	Hille	16.274	8.505.678,02
05770016	Hüllhorst	13.304	5.769.659,70
05770020	Lübbecke, Stadt	26.815	11.320.240,65
05770024	Minden, Stadt	84.013	35.986.177,08
05770028	Petershagen, Stadt	25.340	14.691.498,35
05770032	Porta Westfalica, Stadt	36.521	15.636.664,22
05770036	Preußisch Oldendorf, Stadt	12.439	6.317.675,18
05770040	Rahden, Stadt	16.195	9.268.333,37
05770044	Stemwede	13.460	8.997.087,89
05770998	Kreis Minden-Lübbecke Verwaltung		37.281.086,76
05774004	Altenbeken	9.161	5.273.631,47
05774008	Bad Lippspringe, Stadt	17.252	8.480.462,53
05774012	Borchen	13.721	6.858.243,36
05774016	Büren, Stadt	21.593	11.970.671,84
05774020	Delbrück, Stadt	32.166	15.103.513,05
05774024	Hövelhof, Sennegemeinde	16.809	7.624.167,25
05774028	Lichtenau, Stadt	10.985	8.619.901,09
05774032	Paderborn, Stadt	156.378	66.819.089,31
05774036	Salzkotten, Stadt	25.429	11.867.284,56
05774040	Bad Wünnenberg, Stadt	12.418	8.189.699,27
05774998	Kreis Paderborn Kreisverwaltung		37.701.665,93

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der In- vestitionsmittel (in EUR)
05954004	Breckerfeld, Hansestadt	8.816	4.646.104,03
05954008	Ennepetal, St. d. Kluterthöhle	29.446	11.832.503,88
05954012	Gevelsberg, Stadt	30.006	12.344.507,70
05954016	Hattingen, Stadt	53.044	23.120.206,12
05954020	Herdecke, Stadt	22.772	8.892.321,92
05954024	Schwelm, Stadt	27.953	11.517.762,01
05954028	Sprockhövel, Stadt	24.232	9.723.672,92
05954032	Wetter (Ruhr), Stadt	26.090	10.167.818,02
05954036	Witten, Stadt	91.808	39.765.216,51
05954998	Ennepe-Ruhr-Kreis Verwaltung		33.002.528,28
05958004	Arnsberg, Stadt	74.879	33.184.398,93
05958008	Bestwig	10.147	5.345.298,37
05958012	Brilon, Stadt	25.424	14.396.564,81
05958016	Eslohe (Sauerland)	8.717	5.855.189,85
05958020	Hallenberg, Stadt	4.367	3.142.854,66
05958024	Marsberg, Stadt	19.555	11.549.432,06
05958028	Medebach, Hansestadt	7.906	6.014.557,31
05958032	Meschede, Krs.-/Hoch- schulstadt	29.615	15.634.350,41
05958036	Olsberg, Stadt	14.700	7.990.232,22
05958040	Schmallenberg, Stadt	24.711	16.257.194,47
05958044	Sundern (Sauerland), Stadt	27.654	14.392.578,78
05958048	Winterberg, Stadt	13.168	8.480.647,77
05958998	Hochsauerlandkreis Verwaltung		35.560.824,91
05962004	Altena, Stadt	16.621	7.682.809,28
05962008	Balve, Stadt	11.240	5.809.535,79
05962012	Halver, Stadt	16.322	7.857.288,78
05962016	Hemer, Stadt	35.005	14.687.411,42
05962020	Herscheid	6.821	3.826.724,94
05962024	Iserlohn, Stadt	91.811	39.791.595,69
05962028	Kierspe, Stadt	16.450	8.292.180,26
05962032	Lüdenscheid, Stadt	71.212	29.820.074,06
05962036	Meinerzhagen, Stadt	20.019	10.180.846,86
05962040	Menden (Sauerland), Stadt	52.255	21.427.222,78
05962044	Nachrodt-Wiblingwerde	6.159	3.085.486,37
05962048	Neuenrade, Stadt	11.621	5.464.401,15

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der In- vestitionsmittel (in EUR)
05962052	Plettenberg, Stadt	24.429	11.031.734,89
05962056	Schalksmühle	10.463	4.606.370,77
05962060	Werdohl, Stadt	17.618	7.956.484,79
05962998	Märkischer Kreis Verwaltung		45.380.041,96
05966004	Attendorn, Hansestadt	23.554	10.655.132,84
05966008	Drolshagen, Stadt	11.913	5.801.593,13
05966012	Finnentrop	17.022	8.563.070,67
05966016	Kirchhundem	11.509	7.569.980,26
05966020	Lennestadt, Stadt	24.238	11.781.194,89
05966024	Olpe, Stadt	24.695	10.808.723,44
05966028	Wenden	19.415	8.591.555,41
05966998	Kreis Olpe Verwaltung		15.942.812,66
05970004	Bad Berleburg, Stadt	18.400	13.178.486,36
05970008	Burbach	14.553	7.033.974,89
05970012	Erndtebrück	6.792	4.074.961,59
05970016	Freudenberg, Stadt	17.355	7.461.076,25
05970020	Hilchenbach, Stadt	14.412	7.306.017,77
05970024	Kreuztal, Stadt	30.905	12.634.276,49
05970028	Bad Laasphe, Stadt	13.148	8.034.112,12
05970032	Netphen, Stadt	23.080	11.753.072,27
05970036	Neunkirchen	12.705	5.457.899,31
05970040	Siegen, Universitätsstadt	102.685	44.854.980,43
05970044	Wilnsdorf	20.039	8.813.983,02
05970998	Kreis Siegen-Wittgenstein Verwaltung		32.650.710,13
05974004	Anröchte	10.304	5.387.148,71
05974008	Bad Sassendorf	12.194	6.202.097,74
05974012	Ense	12.383	5.592.399,45
05974016	Erwitte, Stadt	16.300	7.881.274,05
05974020	Geseke, Stadt	20.930	10.294.885,91
05974024	Lippetal	11.883	7.604.457,90
05974028	Lippstadt, Stadt	68.739	29.467.435,03
05974032	Möhnesee	11.274	7.077.849,11
05974036	Rüthen, Stadt	10.290	7.611.654,97
05974040	Soest, Stadt	47.776	20.365.271,73
05974044	Warstein, Stadt	24.988	12.847.869,34

AGS	Gemeinden und Kreise	Fortgeschriebene Bevölkerungszahl zum 31. Dezember 2024	Verteilung der In- vestitionsmittel (in EUR)
05974048	Welper	11.999	6.525.331,13
05974052	Werl, Stadt	29.600	13.347.066,43
05974056	Wickede (Ruhr)	11.637	4.863.058,13
05974998	Kreis Soest Verwaltung		36.266.949,91
05978004	Bergkamen, Stadt	49.143	22.374.584,57
05978008	Bönen	17.734	7.800.712,11
05978012	Fröndenberg/Ruhr, Stadt	20.504	9.343.946,33
05978016	Holzwickede	17.596	6.785.182,85
05978020	Kamen, Stadt	42.319	18.316.566,57
05978024	Lünen, Stadt	86.163	38.551.005,69
05978028	Schwerte, Hansest. an der Ruhr	45.821	18.893.545,65
05978032	Selm, Stadt	25.969	11.774.400,48
05978036	Unna, Stadt	58.333	24.956.608,96
05978040	Werne, Stadt	30.202	12.759.040,98
05978998	Kreis Unna Verwaltung		42.888.898,55

Bericht

A Allgemeines

Der Gesetzentwurf, Drucksache 18/16303, wurde durch das Plenum am 7. November 2025 nach der 1. Lesung zur federführenden Beratung an den Haushalts- und Finanzausschuss sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales zur Mitberatung überwiesen.

B Beratung

Der Haushalts- und Finanzausschuss hat am 2. Dezember 2025 eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchgeführt. Der mitberatende Ausschuss für Heimat und Kommunales hat sich an der Anhörung beteiligt.

Zur Anhörung lagen folgende Stellungnahmen vor:

Urheber/in	Stellungnahme
Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen Köln	18/3195
Städtetag Nordrhein-Westfalen Köln	
Städte- und Gemeindebund NRW Düsseldorf	
Landkreistag Nordrhein-Westfalen Düsseldorf	
DGB Bezirk NRW Düsseldorf	18/3214
Dr. Klaus Reuter Geschäftsführender Vorstand Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. Dortmund	18/3181
Stadtdirektor und Stadtkämmerer Martin Murrack Stadt Duisburg Sprecher „Aktionsbündnis für die Würde unserer Städte“ Duisburg	18/3196
Stadtkämmerin Christine Zeller Stadt Münster Münster	18/3193

Urheber/in	Stellungnahme
Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) Professor Dr. Jens Boysen-Hogrefe Kiel	---
Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer Professorin Dr. Désirée I. Christofzik Speyer	18/3205
Professor Dr. oec. habil. Jan Schnellenbach Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Mikroökonomik Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg Cottbus	18/3228
Präsidentin des Landesrechnungshofs Nordrhein-Westfalen Professorin Dr. Brigitte Mandt Düsseldorf	18/3226

weitere Stellungnahme:

Freie Wohlfahrtspflege NRW, Düsseldorf **18/3221**

IDR e. V., Köln **18/3260**

Die Anzuhörenden hatten Gelegenheit zu einem kurzen Eingangsstatement. Das Wortprotokoll der Anhörung vom Datum liegt als Ausschussprotokoll APr 18/1081 vor.

Eine Auswertung der Anhörung erfolgte in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 11. Dezember 2025; die abschließende Beratung und Abstimmung ebenfalls am 11. Dezember 2025.

Die Fraktion der CDU betonte, dass Nordrhein-Westfalen vor der größten Infrastrukturaufgabe seit Jahrzehnten stehe. Es sei nun geboten, entschlossen zu handeln und zu investieren, damit Nordrhein-Westfalen zukunftsfest bleibe. Mit dem Gesetzentwurf schaffe man den verlässlichen Rahmen, um die vielen Milliarden Euro aus dem Bundessondervermögen zielgerichtet einzusetzen. Die Anhörung habe verdeutlicht, wie herausfordernd die Lage vieler Kommunen sei. Deshalb setze man zur Planungssicherheit über 12 Jahre auf pauschale Mittel zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung. Der Änderungsantrag schaffe Klarheit im Gesetzentwurf und stärke die praktische Umsetzbarkeit.

Die Fraktion der AfD kritisierte, dass Grundlage des Gesetzentwurfes die Schuldenaufnahme des Bundes sei, die von Seiten seiner Fraktion abgelehnt worden sei. Der Staat werde nicht in der Lage sein, die auf Kosten zukünftiger Generationen getätigten Ausgaben effizient zu vollziehen. Es werde keine zusätzlichen Investitionen geben, Land und Kommunen würden stattdessen Haushaltslöcher stopfen. Mit dem Gesetzentwurf werde der Druck zum Sparen und zur Gestaltung einer besseren Energie- und Wirtschaftspolitik genommen.

Die Fraktion der SPD erklärte, dass es vollkommen angemessen sei, dass seitens des Bundes Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die pauschale Verteilung von 47 Prozent dieser Mittel an die Kommunen passe jedoch nicht zu dem Sachverhalt, dass die Kommunen des Landes 78 Prozent aller staatlichen Investitionsmaßnahmen stemmten. Anstatt neue Landesprogramme aufzusetzen oder bestehende Landesprogramme aufzustocken, solle lieber den Kommunen vertraut werden. Die Anhörung habe gezeigt, wie dringend die Mittel vor Ort gebraucht werden würden. Der vorliegende Änderungsantrag schaffe zudem nur zusätzliche Bürokratie.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entgegnete, dass der Investitionsstau in Ländern und Kommunen in der Tat riesig sei. Die Anhörung habe ergeben, dass die grundsätzliche Ausrichtung des Sondervermögens auch von Seiten der Kommunalen Spitzenverbände ausweislich begrüßt wurde. Der Investitionsstau sei mittlerweile jedoch so gewaltig, dass selbst eine vollständige Weitergabe an die Kommunen diesen nicht auflösen könne.

Die Fraktion der FDP hob hervor, dass in den vergangenen Jahren insbesondere im Bereich der Infrastruktur zu wenig investiert wurde. Es seien mehr öffentliche Ausgaben für Konsum anstelle von Investitionen priorisiert worden. Nicht alle notwendigen Investitionen in die Infrastruktur müssten durch Sonderschulden finanziert werden. Wer Investitionen benötige, könne diese auch im Rahmen der Haushaltspolitik anderweitig aufbringen.

Zur vollständigen Diskussion wird auf das später vorliegende Ausschussprotokoll APr. 18/1099 verwiesen.

Zur abschließenden Beratung und Abstimmung in gemeinsamer Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses mit dem Ausschuss für Heimat und Kommunales am 11. Dezember 2025 lag ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor. Dieser Änderungsantrag wurde als Drucksache 18/16953 veröffentlicht.

Dieser Änderungsantrag wurde sowohl im Haushalts- und Finanzausschuss als auch im Ausschuss für Heimat und Kommunales am 11. Dezember 2025 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD, bei Enthaltung der Fraktion der SPD, angenommen.

Über den so geänderten Gesetzentwurf, Drucksache 18/16303, wurde im federführenden Haushalts- und Finanzausschuss und im Ausschuss für Heimat und Kommunales am 11. Dezember 2025 abgestimmt.

Bei der Abstimmung wurde dieser sowohl im Ausschuss für Heimat und Kommunales als auch im Haushalts- und Finanzausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und AfD, bei Enthaltung der Fraktion der SPD, angenommen.

C Ergebnis

Der federführende Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt, den Gesetzentwurf, Drucksache 18/16303, in der Fassung seiner Beschlüsse anzunehmen.

Carolin Kirsch
Vorsitz